Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,000
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 90. Dienstag den 31. März 1885. 79. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit folgende **Straßen** bez. **Straßentracte** neu- resp. umpflastern zu lassen, und zwar:

die **Colonnadenstraße** von der östlichen Flucht der Fahrstraße der Alexanderstraße bis zum Westplatz,
die **Eutritzscher Chaussee** auf der Strecke von der Gasanstalt bis zum Chausseehaus,
die **Grimmaische Straße**,
die **Marienstraße** auf der Strecke von der Schützenstraße bis mit der Kreuzung der Salomonstraße,
die **Promenadenstraße** von der nördlichen Fluchtlinie der Elsterstraße bis zu der neugepflasterten Fahrstraße auf dem Weißplatz,
die **Windmühlen-Gasse**,
die **Zeitzer Straße**,
den **Bayerischen Platz**,
die **Dresdner Straße**,
die **Gerberstraße**,
die **Hainstraße**,
am **Roßplatz** vor Nr. 6 bis zum Panorama und
die **Ringstraße** von der Centralbrücke bis zum alten Amtshofe.

In Veranlassung dessen sind die Besitzer der an vorgenannten Straßen angrenzenden Grundstücke nach unserer Bekanntmachung vom 10. März 1881 verpflichtet, die Trauf-, Fallrohr- und Wirthschaftswässer durch unterirdische Beischleußen für ihre Rechnung direct in die Hauptschleuße abzuleiten, und zwar sind diese Anlagen auf Kosten der Betheiligten durch uns, nachdem das hierfür zu berechnende Bauschkostenquantum eingezahlt ist, außerhalb der Privatgrundstücke innerhalb des Straßenkörpers auszuführen.

Wir fordern daher die Besitzer bez. Verwalter der an genannte Straßen angrenzenden Grundstücke auf, wegen Unterführung der Fallrohre bez. wegen nothwendig werdender Einlegung oder Umlegung von Beischleußen bei uns Anzeige zu erstatten, damit die Ausführung der Arbeiten von uns rechtzeitig auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen außer Verwirkung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Auch sind etwa beabsichtigte, die bezeichneten Straßen berührende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasser-Leitungen vor der Pflasterung auszuführen.

Mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters werden Arbeiten der vorgedachten Art im Straßenkörper während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendeter Pflasterung in der Regel nicht zugelassen.

Leipzig, am 26. März 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Geisgmuth, Assessor.

Bekanntmachung.

Der als **Ablagerungsplatz** von Schnee und Eis bestimmt gewesene Platz in der **Nähe der 6. Bezirksschule** und derjenige **Theil des Exercirplatzes,** welcher zu gleichem Zwecke bestimmt war, sind dem Verbote zuwider auch zu Ablagerung von Schutt benutzt worden.

Indem wir dies bezüglich der gedachten Plätze, welche für die künftigen Winter auch als Ablagerungsplätze für Schnee und Eis nicht mehr werden angewiesen werden, hierdurch untersagen, bemerken wir, daß Zuwiderhandelnde **Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen** zu gewärtigen haben.

Leipzig, am 16. März 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Deutschel.

Vermiethung von Geschäftslocalitäten.

Eingetretener Umstände halber sollen die zur Zeit an Herrn Kaufmann Louis Gruner vermietheten, **aus einem Vorsaal, zwei 2fenstrigen Stuben** nach der Reichsstraße und **einer Kammer** bestehenden **Geschäftslocalitäten** in der **1. Etage** des Hauses **Selliers Hof** Reichsstraße Nr. 55
Grimmaische Str. Nr. 36 **vom 1. October dss. Js. an,** oder auf Wunsch auch schon **früher,** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden und sind Miethgesuche auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr 17, anzubringen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen nebst dem Inventarium der zu vermiethenden Geschäftslocalitäten eingesehen werden.

Leipzig, den 26. März 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Die allgemeine Ausstellung

von Schülerzeichnungen der städt. Schulen: Thomas-, Nicolai- und Realgymnasium, Realschule, höhere Schule für Mädchen, Fortbildungsschule, I. bis VII. Bürgerschule, I. bis VII. Bezirksschule und Reichsfreischule, ist geöffnet

Palmsonntag Nachmittag 2 bis 6 Uhr, **Montag** und **Dienstag** von früh 9 bis Nachm. 6 Uhr in den Räumen der **I. Bürgerschule für Knaben 1 Treppe.**

F. Flinzer, städt. Zeicheninspector.

Städtische Gewerbeschule.

Die Prüfung der Schüler soll
Dienstag, den 31. März, und
Mittwoch, den 1. April cr.,
Vormittags von 9—12 Uhr,
im Schullocale vorgenommen werden.
Es beehrt sich hierdurch ergebenst einzuladen
Leipzig, den 28. März 1885.

Das Lehrer-Collegium.

Die Schülerarbeiten sind an genannten Tagen von 11—1 Uhr Mittags ausgestellt.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden allhier erstatteter Anzeige zufolge:

1) **fünf weißleinene Oberhemden** mit Einlagen, theils „A. H.", theils „O. H." gezeichnet; vom offenen Bodenraum in Nr. 34 der Reichsstraße, am 24. dss. Mts.;

2) eine Anzahl **geschorene Stickstücher,** verschiedenfarbig, in einem in graues Packpapier eingeschlagenen Carton, adressirt an „Emil Häuber, Leipzig" im Postamt 10 an der Hospitalstraße, aus dem Packschalterraum, am 24. dss. Mts.;

3) ein **zweirädriger Handwagen,** graugrün gestrichen, mit einem defecten Rade, aus dem Hofe in Nr. 4 der Grimmaischen Straße, am 24. dss. Mts.;

4) **vier Stück schwarze Jauellamützen** mit breitem Deckel und Lederschild und **drei Stück dergleichen, runde Fezes,** je aus 6 Theilen graumelirtem Stoff, aus einem **Schaukasten** in Nr. 7 der Johannesgasse, am 24. dss. Mts.;

5) **sechs weiße gestreifte Gardinen** mit breiter Kante und **vier** gewirkte **Tischdecken,** aus dem Kellergange in Nr. 51 am Peters-Leinweg, am 26. dss. Mts.;

6) **29 Paar wollene Mannssocken,** verschiedenfarbig, und **ein Paar** baumwollene blaue **Frauensocken** aus dem Hofe in Nr. 36 der Waldstraße, vom 26. bis 27. dss. Mts.;

7) **ein halbseidener schwarzblauer Damenregenschirm** mit Elfenbeingriff, aus einem Garderoberaume in Nr. 9 des Gewandgäßchens, am 26. dss. Mts. Abends;

8) **ein schwarzledernes Portemonnaie** mit weißem Bügel, enthaltend ca. **5 ℳ** und **zwei Achtellose** dritter und vierter Classe der Braunschweigischen Landeslotterie **Nr. 10,943,** mittelst Taschendiebstahls, am 28. dss. Mts. in der Katharinenstraße;

9) **ein braunledernes Portemonnaie** mit Klappe und weißem Schlößchen, enthaltend **zwei Zehntel-Loose** der Sächsischen Landeslotterie **Nr. 2322,** aus einer Wohnung in Nr. 11 der Nicolaistraße, am 18. dss. Mts.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Sachen oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 30. März 1885.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. D.

Nichtamtlicher Theil.

Das Ende des Nihilismus.

‡‡ Petersburg, 26. März. Die geheime, in ihren Excessen so fürchterliche Gesellschaft von Fanatikern, welche seit nahezu acht Jahren eine wahre Schreckensherrschaft über Rußland führte, ist verschwunden, die so berüchtigte Organisation der Terroristen oder Nihilisten, wie sie auch im Auslande genannt wurde, die Geißel des Thrones und der Gesellschaft existirt nicht mehr — sie hat sich selbst aufgelöst. Sie mußte nothgedrungen, wenn auch erst nach vielen schweren Kämpfen, jenen unvermeidlichen Schritt thun, zu dem sie durch den lebhaften erwachten gesunden Instinct des Volkes, durch den Widerwillen desselben gegen die Mord- und Blutpropaganda gezwungen wurde. Wohl hütet sich die Führerschaft der nunmehr vergangenen terroristischen Partei, dies in klarer und dündiger Sprache zu erklären; auch bei dieser letzten Action wird in gewohnter conspiratorischer Art umschrieben und gelogen, doch noch ein zweiter und zwingender Umstand war vorhanden, die nackte Thatsache nicht einzugestehen. Die Abenteurer „im Reiche" und die Hetzer in sicherer Schußweite, die Herren L. und T. in Paris und Genf, welche durch ihren wahnwitzigen Fanatismus Hunderte und Hunderte Verführter an den Galgen brachten, fürchten die Rache, fürchten die Rächer der armen Märtyrer, fürchten für das eigene Leben.

Darum wird nur erklärt: Es empfehle sich die Neubildung eines revolutionairen Cirkels einer rein socialdemokratischen Organisation, da die „Nutzlosigkeit der unorganisirten Kämpfe gegen einzelne Personen erwiesen".

Vor Kurzem war Ihr Correspondent in der Lage, Ihnen von dem Erscheinen eines neuen revolutionairen Blattes, welches sich unter dem Titel: „Der Arbeiter" einführte und das Product einer Geheimdruckerei ist, Mittheilung zu machen. Mit dem Auftauchen dieses Blattes vollzog sich die Eingangs des Berichtes erwähnte bedeutungsvolle Wendung in der revolutionairen Bewegung Rußlands. An dem Tage, an welchem „Der Arbeiter" als Flugblatt in den Straßen und an öffentlichen Orten Petersburgs verbreut gefunden wurde, hatten die Dynamitarden und Bombenpatrioten Rußlands zu existiren aufgehört, war der Terrorismus, hoffentlich für immer, zu Grabe getragen. Das Programm des neuen socialdemokratischen Cirkels, dessen Organ „Der Arbeiter" ist, lautet zwar noch immer energisch genug, um seinen Anhängern den Weg nach Sibirien offen zu halten. Die Kraftstellen, welche im seinem socialradicalen Glaubensbekenntnisse fehlen, wie „Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung" 2c., haben zwar auch in dem Programm der Socialdemokraten Rußlands ihren Platz gefunden, doch auch die Erklärung: „daß im Gegensatze zu Bakunin die Existenz des Staates als Nothwendigkeit anzuerkennen sei." Diese Stelle allein dürfte die Zaren-Regierung sowohl im Interesse des Thrones als der bürgerlichen Gesellschaft bestimmen, von den drakonischen Bestimmungen des Strafgesetzes gegen revolutionaire Verbindungen abzulassen und jene mildere Praxis zu üben, wie sie in den sechziger Jahren bei uns üblich war.

In der Voraussetzung, daß diese Umformung der Verhältnisse auch außerhalb der Grenzen Rußlands Interesse erregen dürften, will ich auszugsweise jene Stellen aus dem Programme der „Neusocialisten" folgen lassen, welche von den Zielen und Tendenzen derselben handeln. Es heißt da:

„1) Im Gegensatz zu Bakunin anerkennen wir den Staat als nothwendiges Mittel, um die Ordnung der Bourgeoisie in eine socialistische umzuändern.

2) Die Führerschaft im Kampfe der ausgebeuteten Classen zur Erreichung der politischen Gewalt und behufs Aenderung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung liegt der Arbeiterclasse ob.

3) Von diesen Grundsätzen ausgehend, wenden wir uns an den intelligenten Theil der Arbeiterschaft mit der Aufforderung, unter sich eine Arbeiterpartei zu bilden mit einem Programm bestimmter Forderungen und einem festgesetzten Thätigkeitsplan."

Es werden ferner, wie bereits erwähnt, die Arbeiter vor der Nutzlosigkeit der „unorganisirten Kämpfe gegen einzelne Personen" gewarnt. „Solche einzelne Bewegungen", heißt es da, „wie wir sie jetzt in Rußland vorfinden, solche vereinzelte Kämpfe gegen Personen und nicht gegen das System absorbiren und vernichten die besten Kräfte der Arbeiterschaft."

Im persönlichen Verkehr mit einem dieser „Bekehrten", der bis vor Kurzem in den vordersten Reihen der Terroristen gestanden, erhielt ich eine rückhaltlose Erklärung jener Gründe, welche diese Wandlung veranlaßten. „In Folge der Propaganda der bakunistischen (nihilistischen) und blanquistischen Ideen", so mein Gewährsmann, „wurde der Name Socialdemokratie so discreditirt, daß selbst die zahmste Agitation zur Herbeiführung von bürgerlich-liberalen Reformen zur Unmöglichkeit wurde. Wo wir anklopften, blieb uns die Thüre verschlossen, wem wir uns nähern wollten, wendete sich voll Angst von uns. Erst jetzt erkannten wir die verhängnißvollen Consequenzen der terroristischen Propaganda und im Interesse der Revolution haben wir dieselbe aufgegeben."

Die Socialdemokraten hoffen, daß auf Grund ihres Programmes die Reformpartei wieder den Anschluß an dieselben zur Verwirklichung der liberalen Aspirationen und Herbeiführung constitutioneller Zustände suchen wird, und damit stände die revolutionäre Partei Rußlands dort, wo sie sich 1866 befand.

Leipzig, 31. März 1885.

* Soweit man die jetzigen Vorbereitungen für die Bismarck-Feier in Berlin übersehen kann, scheint dieselbe auf eine ganz außerordentliche Theilnahme der Bevölkerung rechnen zu können. Den tapferen Fortschrittssoldaten wird es darob schon angst und bange. Der „Reichsfreund" giebt in seiner neuesten Nummer deshalb folgende Parole aus: „In Bezug auf Betheiligung an der Bismarck-Feier am 1. April bei Festzügen, Festessen, Festversammlungen u. dergl. gilt dasselbe wie von der Betheiligung an der Bismarck-Spende. Gegenüber einem Staatsmanne, der noch derart mitten im Parteikampfe steht und seine Partei-Auffassung stets in der schärfsten Weise anderen Parteien gegenüber zum Ausdruck bringt, müssen solche Festlichkeiten überall mehr oder weniger den Charakter politischer Parteidemonstrationen annehmen und werden sicherlich auch, wo dies nicht beabsichtigt sein sollte, nachher in dieser Richtung ausgebeutet werden." Man kann indeß schon jetzt wahrnehmen, daß diese Enthaltungscommandos des Herrn Richter auf viele Unbotmäßige treffen werden. Für das große Berliner Publicum wird der eigentliche Festjubel sich am Nachmittag und Abend des 31. März abspielen; zunächst wird um 3 Uhr ein Festzug der Kriegervereine stattfinden, zu dem sich schon jetzt 75 Vereine mit 3500 Mitgliedern und sieben Musikcorps angemeldet haben, während den Schluß des Zuges die freiwilligen Sanitätscolonnen bilden werden. Beim Vorüberziehen vor dem kronprinzlichen Palais werden die Musikcapellen dem Kronprinzen zu Ehren den Hohenfriedberger Marsch spielen; am Palais des Kaisers, der die Huldigung der Vereine entgegennehmen wird, marschirt der Zug, die militairische Ehrenbezeigung leistend, unter den Klängen des Preußenmarsches vorbei zum Palais des Reichskanzlers. Am selben Abend um 7 Uhr wird sodann der große Fackelzug vom Schloßplatz aus stattfinden. Den Mittelpunct dieses Festzuges wird ein großer Triumphwagen bilden, der, auf sechs Rädern ruhend, die Form eines Phantasieschiffes (eine Art „Glückhaft Schiff") von außerordentlichen Größenverhältnissen haben wird, 12 Meter in der Länge, 4.80 Meter in der Höhe und 4 Meter in der Breite.

* Der Bundesrath hat am Donnerstag die Arbeiten, die er vor den Osterferien erledigen wollte, nicht zum Abschluß gebracht, er ist daher genöthigt, am Dienstag noch eine Plenarsitzung abzuhalten. Der Umstand, daß zur Beglückwünschung des Fürsten Bismarck die Minister der Einzelstaaten fast vollzählig in Berlin eintreffen, erleichtert diese Absicht. Rückständig blieb am Donnerstag speciell die wichtige Dampfervorlage. Ein endgiltiger Beschluß bezüglich derselben konnte noch nicht gefaßt werden, da mehrere Bevollmächtigte ohne Instruction waren. Preußen erklärte sich für Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen des Reichstages; zugleich sprach es den Wunsch aus, daß die verbündeten Regierungen sich möglichst bald in demselben Sinne erklären möchten. Es seien alle Vorbereitungen getroffen, um das Gesetz nach der Publication auszuführen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden berufene Firmen in Hamburg und Bremen sich bereit zeigen, die in Betracht kommenden Linien zu übernehmen und zwar dürften die beiden Hansestädte dabei zusammenwirken.

* Laut Allerhöchster Cabinetsordre werden der Admiralstab und der Marinestab eingehen. Der Director der Marineakademie führt in Zukunft den Titel: „Director des Bildungswesens der Marine", und übernimmt auch die Direction der Deckofficierschule, welche aus den bisherigen Maschinisten-, Steuermanns- und Torpedoschulen gebildet wird.

* Ueber die „Zukunft der Parteien" wird der „Allgemeinen Zeitung" aus Berlin geschrieben:

Ueberblickt man die gegenwärtige Lage der Parteien im Reichstag und im Reiche selbst, so wird nicht leicht Jemand sich verhehlen können, daß die liberalen Parteien in eine sehr bescheidene Stellung zurückgedrängt sind, und daß die Aussicht, sich wieder zu einer bedeutsamen Macht zu erheben, für sie in ziemlich weite Ferne gerückt scheint. Eine große Täuschung würde es aber sein, wenn irgend Jemand glauben wollte, das von den Liberalen verlorene Terrain sei von der conservativen Partei gewonnen worden. Was sich bei uns conservative Partei nennt, verdient diesen Namen nur sehr bedingt; denn die betreffende Gruppe ist ohne eigenes Leben, ohne selbstständige Antriebe und bestimmte Principien. Die früheren Conservativen, namentlich in Preußen, waren eher eine Clique als eine im Volke wurzelnde Partei zu nennen. Bei dem Ausgange des Bismarck'schen Sturmes schlossen sich dieselben mehr darum, weil er gegen die Liberalen im Kampfe stand, als weil sie sich in den Zielen mit ihm eins gewußt hätten, an den aus ihren Reihen hervorgegangenen Staatsmann an. Nach den Kriegen von 1866 und 1870 büßten die Conservativen das Terrain, welches sie im Anschluß an die preußische Regierung gewonnen hatten, großentheils wieder ein und mußten die führende Rolle im Parlament fast ganz an die Liberalen abgeben, die allein für den Gedanken und die Bedingungen der Einheit mit Kraft eintraten und die entsprechenden Bestrebungen der Regierung mit Nachdruck unterstützten. Noch heute schauern sich unter die Zähne der Conservativen im Reichstag alle particularistischen Elemente der altdeutschen Bevölkerung. Selbst die welfischen Parteigänger grüßen, wenn man nur ihre Stellung zu den Fragen der Staatspolitik in Betracht zieht, zur conservativen Partei. Ebenso würden, wenn einmal der Culturkampf beendet wäre und das Centrum sich in seine Bestandtheile auflöste, die zahlreichen particularistischen Elemente desselben nirgendwo anders Anschluß finden als bei den Conservativen.

Der Niedergang des Liberalismus ist zum größten Theile darauf zurückzuführen, daß die Liberalen rein praktische Fragen, die mit politischen Principien nichts zu thun hatten, zu Parteifragen stempelten und sich so nicht blos mit mächtigen Interessen, sondern auch mit der Reichsregierung in Widerspruch setzten. Die Schwenkung, welche in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Reichsregierung in der Zollpolitik machte, wurde vom größten Theile der Liberalen, auch der Nationalliberalen, nicht mitgemacht, nicht sowohl weil die thatsächlichen Verhältnisse des internationalen Handels eine Umänderung der deutschen Politik widerrathen hätten, sondern weil man von dem Glaubenssatze ausging, daß ein mehr oder minder absoluter Freihandel ein nothwendiges Postulat des Liberalismus sei. Obwohl man sich mit dieser Ansicht in Widerspruch gegen die Anschauungen verwandter Parteien im Auslande, ja selbst vielfach gegen die eigenen Erklärungen setzte, so beharrte man doch bei einer schroff ablehnenden Haltung selbst gegen die gemäßigsten Vorschläge, und arbeitete so einer Interessencoalition in die Hände, welche nicht allein die Industrie, sondern auch die Landwirthschaft durch Zölle zu schützen unternahm. Auch die Frage der Getreidezölle, die, sowie sie sich in den Grenzen einer finanziellen Einnahmequelle halten oder allenfalls als temporäres Auskunftsmittel gegen einen augenblicklichen Nothstand dienen, nicht als principiell verwerflich betrachtet werden können, wurde von der entschieden liberalen Partei vielleicht schroffer abgewiesen, als es angezeigt war. Noch mehr setzte sich schließlich die deutschfreisinnige Partei mit den Stimmungen der Wählerkreise in Widerspruch, als sie den auf die Hebung des Exports und die Einleitung einer activen Colonialpolitik gerichteten Bestrebungen der Reichsregierung in feindseligster Weise entgegentrat.

Will man billig sein, so wird man anerkennen müssen, daß die erwähnten Angelegenheiten, soweit die Zollpolitik, als auch die Frage der Dampfersubventionen, nichts mit liberalen Principien gemein haben, und daß mithin auch, wenn diese Angelegenheiten gegen den Willen der liberalen Parteien entschieden wurden, dennoch von einer Niederlage des Liberalismus keine Rede sein kann. Noch weniger wird man in den Vorwurf einstimmen dürfen, daß die feindselige Haltung der liberalen Partei gegen die Handelspolitik der Reichsregierung einen Mangel an nationaler Gesinnung bekunde. Nichtsdestoweniger muß man zugeben, daß durch diese Haltung die liberale Partei in der Schätzung großer Theile des deutschen Volkes eine starke Einbuße erlitten und der Macht der antiliberalen Parteien starken Vorschub geleistet hat.

Schon jetzt hat die conservative Partei (wenn man ihr diesen Namen einräumen will) in manche echt liberale Principien Breche zu legen vermocht. Der Gewerbefreiheit ist durch die bez. Ackermaß ein bedeutsamer Stoß beigebracht worden. Die bevorstehende, über das zulässige Maß wohl weit hinausgehende Erhöhung der Getreide- und Holzzölle schließt eine künftige Beförderung der Grundrente ein, welche mit dem Postulate gleicher Erwerbsbedingungen nicht in Einklang zu bringen ist. Aber noch läßt sich nicht übersehen, wohin das dermalige Uebergewicht der conservativen Partei noch führen wird. Die wirthschaftlichen Fragen werden nicht immer im Vordergrunde der innern Politik des Reiches stehen bleiben, und sie werden auch nicht immer in derselben Richtung gelöst werden können, wie bisher. Die nächsten Reichstagssessionen werden andere Fragen, constitutioneller, finanzieller oder sonstiger Art zur Entscheidung zu bringen haben. Es steht vor Allem die Codification des bürgerlichen Rechtes bevor. In den Landtagen werden überdies die Angelegenheiten der Kirche und Schule, der innern Verwaltung u. s. w. beständig neue Aufgaben stellen. Ob von den Regierungen eine im echten Sinne des Wortes liberale Behandlung all dieser Gegenstände erwartet werden kann, lassen wir dahingestellt. Jedenfalls werden dieselben die Constellation der Parteien nicht außer Acht lassen und nicht von derselben unberührt bleiben können. Gelingt es ihnen, die willfährigen Elemente um sich geschaart zu erhalten, die ihnen gegenwärtig unter dem Namen der conservativen Partei zu Diensten stehen, so würde es mit der Sache des Liberalismus bedenklich genug aussehen.

Inzwischen kann jedoch und wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der Volksstimmung sich ein wesentlicher Umschwung vollzogen haben. Man wird vielleicht bald genug einsehen lernen, daß die Schutzzollpolitik auch kein Palliativ gegen alle socialen Uebel ist, daß dieselbe keineswegs vor Handelskrisen schützt, und es angezeigt erscheinen kann, im Interesse des Exports die Eingangszölle an verschiedenen Stellen zu lockern. Es wird sich wahrscheinlich zeigen, daß die Lage des arbeitenden Landmannes durch die erhöhten Getreidezölle auch nicht wesentlich verbessert wurde, und die Erfolge der Dampfersubvention werden vielleicht nach etlichen Jahren den gehegten Erwartungen nicht entsprochen haben. In allen Angelegenheiten der bürgerlichen und religiösen Freiheit steht aber die entschiedene Mehrheit des Volkes ohne Frage auf Seiten des Liberalismus, und wenn erst solche Fragen wieder die Volksseele beschäftigen werden — was ja auf die Dauer nicht ausbleiben kann —, dann wird es auch nicht zweifelhaft sein, welcher Partei die Sympathien des Volkes, trotz der zeitweiligen Entfremdung, die zwischen den Liberalen und großen Gruppen der Bevölkerung eingetreten ist, in Wahrheit gehören. Dann mögen die aristokratischen Elemente aus allen Lagern, die klerikalen Katholiken und Protestanten, sich zu einer einzigen compacten Partei vereinigen, dem Liberalismus werden sie doch das Feld räumen müssen.

* Seit einigen Jahren schon macht sich unter den Leitern der polnischen Bewegung in der Provinz Posen das Bestreben geltend, die 800,000 Polen Oberschlesiens, die bisher immer gute preußische Patrioten waren, dem preußischen Staate allmälig zu entfremden und in das national-polnische Fahrwasser zu bringen. Besonders hat die kleine, aber sehr rührige polnische Partei, welche das fanatisch-polnische Organ „Gonec Wielkopolski" unterhält, die national-polnische Propaganda in Oberschlesien mit Eifer betrieben. Um das polnische Nationalgefühl unter den Wasserpolen zu heben, hat man Tausende von Broschüren und Büchern in polnischer Sprache in Oberschlesien verbreitet. Die Petition um Verminderung und Beseitigung des deutschen Unterrichtes in den polnischen Schulen ist auch in Oberschlesien colportirt worden und hat sehr viele Unterschriften erhalten. Da der polnische Klerus in Oberschlesien nur wenig von der specifisch-polnischen Bewegung wissen will, so versucht man von Posen aus, Aerzte und Rechtsanwälte daselbst zu dirigiren, damit das dortige polnische Volk tüchtige Führer erhalte. Bis jetzt sind die Erfolge dieser polnischen Propaganda in Oberschlesien nur geringe gewesen, ganz wie bei den Masuren und den Litauern in Ostpreußen; doch ist es nicht unmöglich, daß auch bei den Wasserpolen das Nationalgefühl wieder lebendig wird und daß der Regierung einst auch in diesem Stamme ein nicht zu unterschätzender nationaler Gegner erwächst.

* * *

* In der am 23. d. M. abgehaltenen Sitzung der ungarischen Akademie der Wissenschaften hielt der ungarische Unterrichtsminister August Trefort einen gehaltvollen Vortrag über Thiers. Wir entnehmen der Denkrede des Ministers, der mit Vorliebe neuere allgemeine Geschichte